BAG Wohnungslosenhilfe e.V.

Pressemitteilung
Berlin, 10. November 2026

Wohnungslos und psychisch krank – die Menschen bleiben häufig unversorgt Fachverbände und Fachgesellschaften fordern eine deutliche Verbesserung der Versorgung von wohnungslosen Menschen mit psychischen Erkrankungen

Wohnungslose Menschen leiden häufiger an psychischen Erkrankungen als die übrige Bevölkerung, doch Hilfe erreicht sie oft nicht. Die BAG Wohnungslosenhilfe, Expert*innen der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Charité – Universitätsmedizin Berlin und 16 weitere Fachverbände und Fachgesellschaften wenden sich deshalb mit einem **Call for Action** an zuständige Politiker*innen aus Bund, Ländern und Kommunen.

Hilfe scheitert an hohen Hürden

Bei einer großen Zahl wohnungsloser Menschen liegt eine behandlungsbedürftige psychische Erkrankung vor, meist eine Abhängigkeitserkrankung, eine Depression oder eine Psychose. Gleichzeitig nimmt die Wohnungslosigkeit in vielen Städten zu und bezahlbarer Wohnraum fehlt. Hinzu kommt, dass die Voraussetzungen für den Zugang zu Hilfen häufig an der Lebensrealität der Betroffenen vorbeigehen. Menschen in schweren Krisen verfügen nicht immer über die notwendigen Ressourcen, um sich in dieser Situation ausreichend um bürokratische Antragsverfahren und andere Angelegenheiten zu kümmern. Zudem sind ambulante Hilfen meist an eine eigene Wohnung gebunden. Wer wohnungslos ist, fällt dadurch nicht selten durch das Raster der Unterstützung.

„Häufig erleben wir, dass Psychiatrie, Suchthilfe, Wohnungsnotfallhilfe und Eingliederungshilfe nur nebeneinander arbeiten. Es braucht aber übergreifende, niedrigschwellige Angebote, die die Lebenssituation der Menschen berücksichtigen. Nur so können wir den Menschen ein passendes Angebot anbieten.“
Sabine Bösing, Geschäftsführerin der BAG Wohnungslosenhilfe

Klare Forderungen an die Politik

Die Unterstützer*innen nehmen die Politik auf allen Ebenen in die Pflicht. Sie fordern bezahlbaren Wohnraum, der auch Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen offensteht. Bewährte Angebote wie Housing First müssen dauerhaft finanziert werden. Ebenso fordern sie den flächendeckenden Ausbau aufsuchender Behandlungsteams nach dem Modell Assertive Community Treatment (ACT), die Menschen dort erreichen, wo sie leben. Zudem rufen sie dazu auf, rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit in integrierten Versorgungsteams gezielt zu fördern.

„Viele unserer Patient*innen waren schon psychisch krank, bevor sie ihre Wohnung verloren. Wer danach auf der Straße lebt, ist für das Versorgungssystem kaum noch erreichbar. Projekte wie Housing First können hier eine Lücke schließen, weil sie die Menschen dort erreichen und mitnehmen, wo sie stehen und nicht dort, wo sie stehen müssten.“
Dr. Stefanie Schreiter, geschäftsführende Oberärztin der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Charité Campus Mitte

Die Reform rechnet sich

Eigener Wohnraum und flexible aufsuchende Behandlung zahlen sich aus: Internationale

Erfahrungen zeigen, dass sie langfristig teure Versorgungsformen reduzieren, etwa wiederholte Klinikaufenthalte, Maßregelvollzug und die dauerhafte Unterbringung in Not- und Übergangseinrichtungen.

Der **Call for Action** steht als Kurz- und Langfassung zum Download bereit.

Bei Fragen wenden Sie sich an

Berit Pohns
Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 0151 42 46 22 46
E-Mail: beritpohns@bagw.de

Den Call for Action sowie die Pressemitteilung haben unterzeichnet:

1. Arbeitskreis für psycho-soziale Hilfen Braunschweig e.V.
2. Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.
3. Ärzte der Welt e.V.
4. AWO Bezirksverband Weser-Ems e.V.
5. AWO Bundesverband e.V.
6. Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e.V. (BAG-S e.V.)
7. Bundesverband Anonymer Behandlungsschein und Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung (BACK e.V.)
8. Bundesverband Housing First
9. Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V.
10. Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege e.V. (DFPP)
11. Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP)
12. Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V.
13. Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V.
14. Evangelischer Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe e.V. (EBET) – Wohnungsnotfall- und Straffälligenhilfe
15. EX-IN Hessen e.V.
16. Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe – Wohnen. Arbeiten. Lebensperspektiven.

Hinweis: Aufgrund möglicher Überschneidungen bei den Versandkontakten kann es zu einem doppelten Versand kommen. Wir bitten um Verständnis.